

UNTERRICHT

Bosporus in Brandenburg?

Die märkische Landesregierung versucht, die Türken zu besänftigen: In die Lehrpläne werden – neben dem Genozid an den Armeniern – auch andere Massaker aufgenommen.

Der 12. Januar war für Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck ein Tag im Zeichen des Orients. Morgens empfing der Landesvater katholische Sternsinger, die – verkleidet als Caspar, Melchior und Balthasar – um eine milde Gabe baten.

Weitaus weltlicher waren dagegen wenig später die Forderungen einer anderen Delegation aus dem Morgenland. Im Potsdamer „Ristorante Villa von Haacke“, zwischen Dorade und märkischem Lammcarré (in Rotweinjus), begehrte Aydin Durusoy, Generalkonsul der Republik Türkei, einen delikaten Hinweis aus dem Lehrplan der Brandenburger Schulen zu streichen: den Völkermord an mehr als einer Million Armeniern im Gebiet des Osmanischen Reiches in den Jahren 1915 und 1916.

Als bislang einziges Bundesland benennen die Brandenburger das Massaker im Rahmenlehrplan für den Geschichtsunterricht der Klassen 9 und 10 – sehr zum Missfallen der türkischen Regierung, die den Genozid bis heute leugnet. Doch dann strich das Bildungsministerium, dessen Ressortchef Holger Rupprecht (parteilos) ebenfalls mit den Türken speiste, den Passus nur Tage nach dem Zusammentreffen ersatzlos – und löste damit eine Debatte

über pädagogische Leitkultur in der Mark Brandenburg aus.

„Das Propagandaministerium in Ankara“, befürchtete der CDU-Generalsekretär Sven Petke, diktiert den Lehrplan an Potsdamer Schulen. Beginnt der Bosporus also neuerdings in Brandenburg, das gerade 2500 türkische Staatsbürger zählt, mit 295 türkischen Schülern?

Der Brandenburger SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel fühlte sich „in erschreckender Weise“ an alte DDR-Zeiten erinnert, der Schriftsteller Ralph Giordano wandte sich an den Bundeskanzler. Platzeck selbst streitet den Vorgang nicht ab, spricht aber von einer Frage der „Einsicht, nicht des Einknickens“. Ihm war bereits im vergangenen Sommer die pädagogische Erkenntnis gekommen, dass es geopolitisch mehr als nur einen Massenmord gegeben habe; die herausgehobene Nennung der



Gesprächspartner Platzeck, Durusoy
Intervention bei Lammcarré

Armenier in Brandenburgs Lehrplänen sei eine „Achillesferse“ der Landesregierung gewesen. Er habe, sagt Platzeck, in allen Gesprächen erklärt: „Ich akzeptiere die Kritik an der Singularität.“ Gleichzeitig habe er aber „deutlich gemacht, dass wir von unserer grundsätzlichen Meinung keine Abstriche machen werden“.

Das Problem soll eine neue „Handreichung“ für Lehrer lösen, die im Bildungs-

ministerium ausgearbeitet wird und vom kommenden Schuljahr an Unterrichtshilfe bieten soll. Die Armenier-Thematik wird dabei in einen „umfassenderen Kontext“ eingebunden. Warum die Ministerialen den alten Lehrplan nur wenige Wochen vor Fertigstellung des neuen schon mal vorab im Internet bereinigten, bleibt das Geheimnis der Landesregierung. Die zeitliche Koinzidenz von Essen und Änderung, das räumt auch der Landesvater ein, sei „in der Tat unglücklich gewesen“.

Wie verstockt die Türken auf jeden historischen Halbsatz reagieren, haben bedeutendere Parlamente als das brandenburgische erfahren – aber auch Platzeck selbst. Resolutionen im italienischen Parlament, der französischen Nationalversammlung oder dem Schweizer Nationalrat zum Thema Armenien folgten stets schwere Zerwürfnisse auf Zeit mit der Türkei.

Ähnlich erging es auch der Stadt Potsdam, als sie zu Ehren des Theologen und Humanisten Johannes Lepsius eine Gedenkstätte einrichten wollte; der Brandenburger Pfarrer hatte weiland den Massenmord vor Ort dokumentiert, was die Märker besonders stolz auf einen der ihren machte. Zwei Jahre lang wurde Platzeck, der damals als Stadtoberhaupt die Schirmherrschaft übernommen hatte, deshalb mit Morddrohungen traktiert. Daher empfindet er die derzeitigen Proteste als „sehr gesittet“ – auch wenn seit Tagen eine Welle von Wutbriefen über die Staatskanzlei hereinbricht, alle mit verdächtig ähnlichem antiarmenischem Tenor.

Der „feige wie servile Akt der Selbstzensur“ („taz“) kommt zu einem Zeitpunkt, wo in Ankara ein Hauch von Perestroika eingetreten ist. Seit kurzem ist die reine Erwähnung der historischen Tatsache nicht mehr strafbar, eine türkisch-armenische Kommission aus Wissenschaftlern ist zumindest benannt, die das Unrecht untersuchen soll. Nur die türkischen Vertretungen in der Diaspora bilden offenbar eine Art Außenposten des Revisionismus. Dabei gilt die Anerkennung des ersten großen Genozids des 20. Jahrhunderts, der auch die Nationalsozialisten zum Holocaust mit inspirierte, als eine Voraussetzung für einen EU-Beitritt der Türkei.

Mit ihrer Variante, die nicht weniger, sondern mehr Genozid behandeln soll, sehen sich die Märker, die schon einmal damit scheiterten, den türkischen und den armenischen Botschafter an einen Tisch in Potsdam zu bekommen, erneut als Brückenbauer. Neben dem Massaker an den Armeniern sollen auch die Verbrechen der Roten Khmer in Kambodscha oder der Massenmord an den Hereros im einstigen Kolonialgebiet in Westafrika thematisiert werden. Zumindest im letzteren Fall sind diplomatische Interventionen nicht zu befürchten: Die grausamen Morde begingen deutsche Kolonialtruppen.

IRINA REPKE,
SVEN RÖBEL, HOLGER STARK



Getötete Armenier in Adana: Aufklärung durch einen Potsdamer Pfarrer

JÜRGENS OST + EUROPA PHOTO